



Die Metropole Ruhr planen, bauen und gestalten

Geschäftsbericht der CDU-Fraktion im RVR 2009—2014



www.cdu-ruhr.de



Halde Haniel, Bottrop

Vorwort 4

I. Regionalplanung 8

Neuer Regionalplan Ruhr 8

Bundesverkehrswegeplan 13

Straßenbauprogramme 16

Rohstoffgewinnung 17

Großflächiger Einzelhandel 18

Steinkohlekraftwerk Datteln IV 19

II. Wirtschaftsförderung 21

Flächenverbrauch und -bedarf 21

Brachflächenrecycling 22

Europäische Fördermittel 25

III. Kulturmetropole 26

Route der Industriekultur 26

Masterplan Sport: RuhrGames 29

Verstetigung Kulturhauptstadt 31

IV. Umwelt 35

Emscher Landschaftspark 35

Hochwasserschutz 37

Grünes Dekadenprojekt 39

Abfallentsorgung 40

V. Freizeitmetropole 41

Regionales Radwegenetz 41

Revierparks 43

Erträge & Aufwendungen 44

Verbandsumlage 47

Personalentscheidungen 49

Fraktionsmitglieder 50

Impressum 50

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*



Roland Mitschke

wir blicken nun mehr auf fünf Jahre zurück, in denen der Regionalverband Ruhr (RVR) nach über 30 Jahren wieder der Träger der Regionalplanung in der Metropole Ruhr ist. Ein neuer Regionalplan Ruhr ist in Arbeit: Das Ruhrparlament entscheidet mit über Prioritäten bei der Verwirklichung regionaler Projekte und einen Katalog raumbedeutsamer Themen. Die CDU-Fraktion im RVR wünscht sich, dass manches schneller realisiert wird. Der Verband hat nicht vollständig gelernt, was er mit der neuen Zuständigkeit alles anfangen kann. Auseinandersetzungen innerhalb der zurückliegenden Wahlperiode belegen, dass die Themen an der Ruhr jetzt eine größere, öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Die Beratungen sind näher an den Medien, den Kommunen und den Bürgern. Es haben sich einige Probleme bei der Umsetzung gezeigt, zum Beispiel bei der Koordinierung dreier zuständiger, unterschiedlich arbeitender Bezirksregierungen. Die Region ist weiterhin gefordert, die Zusammenarbeit in der Region und untereinander zu verbessern.

Zurzeit läuft die Beratung über ein neues RVR-Gesetz mit dem Ziel, die Kompetenzen des Verbandes zu stärken, mehr Zusammenarbeit der Städte zu ermöglichen, Kirchturmdenken zu überwinden und gemeinsam an der Bewältigung des Strukturwandels zu arbeiten. Wir wollen in der Region endlich das tun, wozu wir bereits vor Jahren aufgefordert wurden: Die Region muss sich selbst organisieren. Dabei wollen wir weder eine bevorzugte Stellung, noch

wollen wir in die Rechte anderer eingreifen oder ihnen etwas wegnehmen. Wir wollen keine neuen Grenzen aufbauen, sondern gute Nachbarschaft pflegen — auch mit der Stadt Düsseldorf. Schließlich haben dort viele Bürger aus der Metropole Ruhr ihren Arbeitsplatz und tragen zum Beispiel durch ihre Kaufkraft, Wertschöpfung und Arbeit zum Wohlstand dieser Stadt bei.

Bei Fördermitteln verlangt die Metropole Ruhr keine Sonderrolle, sondern eine bedarfsgerechte Berücksichtigung. Wir sind ausdrücklich dafür, Fördermittel in den Wettbewerb zu stellen. Die Region scheut den Wettbewerb nicht.

Die nachfolgenden Berichte geben einen Überblick über die Themen der Wahlperiode 2009 bis 2014. Sie sind ausgewählt, um exemplarisch ein Aufgabengebiet oder ein Großprojekt darzustellen. Auf diese Weise wollen wir mit diesem Bericht nicht nur unsere Arbeit der letzten Jahre darstellen, sondern auch in die des RVR einführen.

Es grüßt Sie

Ihr



Roland Mitschke

Vorsitzender der CDU-Fraktion im RVR



Dirk Schmidt

Der Regionalverband Ruhr (RVR) ist höherer Kommunalverband und Regionalrat auf sondergesetzlicher Grundlage. Mit seiner regionalpolitischen Ausrichtung und kommunaler Basis ist er mehr als ein Beirat bei einer staatlichen Behörde. Er ist Eigentümer umfangreicher Freiflächen und bedient sich als Instrument zahlreicher Gesellschaften, die sich mit Wirtschaftsförderung, Abfallentsorgung, Tourismus, Freizeit und Kultur befassen. Als Träger der Regionalplanung wirkt er an der Aufstellung raumbedeutender Landesprogramme mit, zum Beispiel beim Straßenbau. Er ist an der regionalen Kulturförderung des Landes beteiligt. Den Rahmen des Landesentwicklungsplans soll er mit einem Regionalplan ausfüllen, der die planerischen Grundlagen für die Kommunen setzt. Nicht zuletzt ist der RVR die einzige politische Klammer des Ruhrgebiets.



Daniela Burgmann

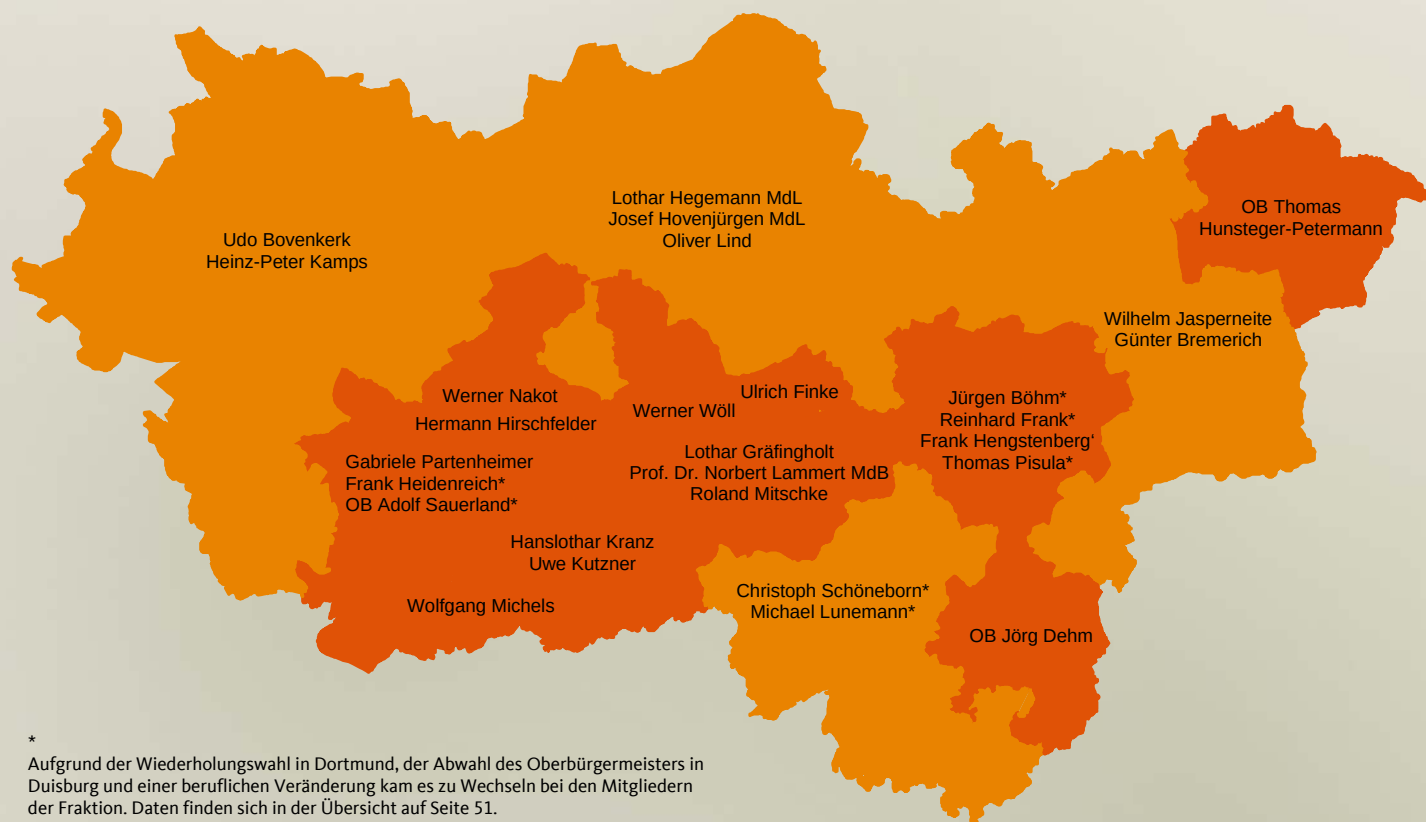
Die CDU-Fraktion im RVR sieht sich als Teil des Ruhrparlaments dem Ziel verpflichtet, die Metropole Ruhr zu planen, zu bauen und zu gestalten. Daher ist es der CDU-Fraktion und ihrer Fraktionsgeschäftsstelle eine Verpflichtung, zu einer Kooperation mit und zwischen den Mandatsträgern aller Ebenen beizutragen. Die Fraktion versteht sich als Ansprechpartner, Auskunftsstelle und Vermittlungsstelle für regionale und andere gemeinsame Themen. Wenden Sie sich einfach an uns!

Unser Dank gilt allen, die uns bei dieser Arbeit in den letzten Jahren unterstützt haben und unterstützen. Möge dieser Geschäftsbericht ein wenig erhellen, womit „die da beim RVR“ sich befassen.

Dirk Schmidt

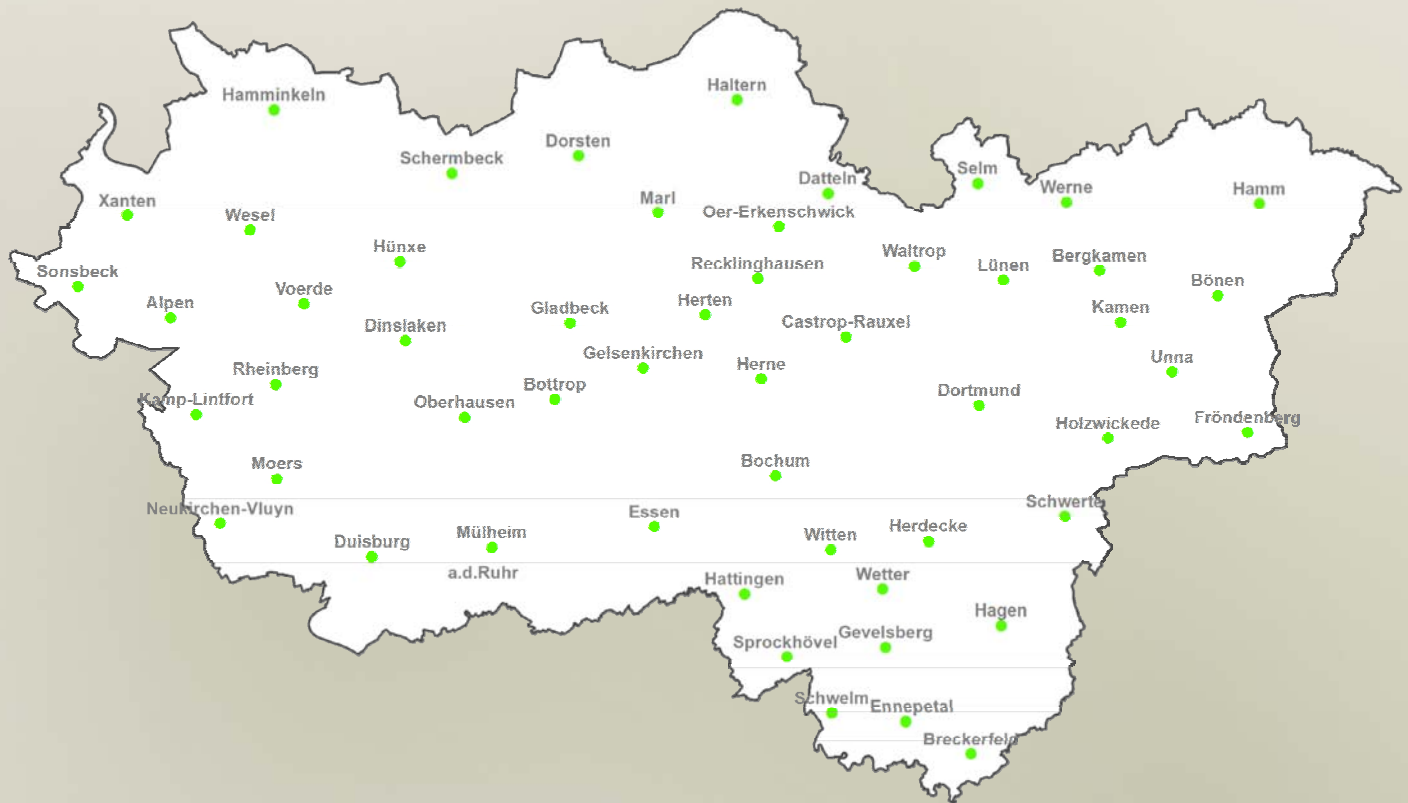
Fraktionsgeschäftsführer

Mitglieder der CDU-Fraktion



*
Aufgrund der Wiederholungswahl in Dortmund, der Abwahl des Oberbürgermeisters in Duisburg und einer beruflichen Veränderung kam es zu Wechseln bei den Mitgliedern der Fraktion. Daten finden sich in der Übersicht auf Seite 51.

Neuer Regionalplan Ruhr



Neue Verantwortung

In 2009 ging die Kompetenz für die Regionalplanung in der Metropole Ruhr auf den RVR über. Die damalige CDU-geführte Landesregierung ermöglichte der Region, wieder aus einer Hand, aus der Region und für die Region zu planen. Nach vorbereitenden Arbeiten zu informellen Masterplänen für die Metropole nahm der RVR die Arbeit an einem neuen, einheitlichen Regionalplan auf. Bis auf weiteres gelten jedoch die erlassenen Regionalpläne aus Arnsberg, Düsseldorf und Münster weiter. Der sie für einige Kommunen ersetzende Regionale Flächennutzungsplan wird bis zur Verabschiedung des neuen Regionalplans Ruhr weiter bewirtschaftet – so für Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen.

Regionalplanung ohne anfängliche Zielvorgaben

Die Mehrheit in der Verbandsversammlung hat sich bei der Erarbeitung des Plans für ein Verfahren entschieden, bei dem am Anfang der Arbeiten keine Ziele und Aufgaben vorgegeben werden. Die CDU-Fraktion hat darin eine Kapitulation der Verbandsversammlung vor ihrer Aufgabe gesehen, politische Vorstellungen zu formulieren. Anders als SPD und Grüne hätte die CDU gerne Ziele für die Arbeit der Regionalplanungsbehörde diskutiert.

Komplizierter Planungsprozess

Im Ergebnis entstand mit dem „Regionalen Diskurs“ ein komplexes Verfahren, in dem informelle und verpflichtende formelle Planung zeitgleich bearbeitet werden. Das Ergebnis soll aus einem „Strategiehandbuch“ und dem eigentlich rechtlich bindenden Regionalplan bestehen. Insgesamt hat der dafür absolvierte Prozess zahlreicher Forenveranstaltungen die Erwartungen an den zukünftigen Regionalplan überhöht, ihn mit planfremden Forderungen überlastet und die reellen Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung überfordert. Die Beteiligung der Bürger gestaltet sich enttäuschend, da überwiegend Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen partizipierten. Wohltuend fällt jedoch der Ideenwettbewerb auf, der zusammen mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) unternommen wurde. Hier hatten Bürger und Gruppen die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen. Ebenso waren Pla-



Energiepark Halde Hoppenbruch, Emscherbruch

Bürgerbeteiligung zumindest im Ideen- wettbewerb Ruhr

nungsbüros beauftragt worden, Planungsideen beizusteuern. Zur letzten Sitzung der Verbandsversammlung des RVR in der Wahlperiode 2009–2014 konnten so schließlich „Perspektiven zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr“ verabschiedet werden.

Endlich Ziele

Mit diesen Perspektiven hat sich die CDU intensiv befasst und einen umfangreichen Änderungsantrag formuliert, auch zu den nicht planrelevanten Zielen des informellen Strategiehandbuchs. Teile davon fanden eine Mehrheit in der Verbandsversammlung. So wurden erst aufgrund der Intervention der CDU-Fraktion unter anderem die Themen Integration, Vermeidung ethnischer Segregation und individuelle Mobilität berücksichtigt. Der Fokus der Hochschulentwicklung konnte auf die Kooperation mit mittelständischen Unternehmen zwecks Schaffung von zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen gesetzt werden. Nicht durchsetzen konnte sich der Vorschlag eines realistischen Modal Splits. Rot-Grün in der Verbandsversammlung träumt von jeweils 25 % für alle Verkehrsträger — für Fußgänger, Fahrradfahrer, Bus und Bahn sowie Individualverkehr.

CDU: Integration und Kooperation von Hochschule und Wirtschaft

Verzögerungen bei der Planerarbeitung

Vom Ziel eines neuen einheitlichen Regionalplans ist der RVR noch weiter entfernt, als der Gesetzgeber sich das zeitlich seinerzeit vorgestellt hatte. Weitere Verzögerungen drohen durch den Erarbeitungsprozess eines neuen Landesentwicklungsplans, zum Beispiel mit Vorgaben für Windenergievorranggebiete. Gegebenenfalls sind noch zu berücksichtigende Ziele des umstrittenen, bisher nicht vorliegenden Klimaschutzplanes einzuarbeiten, so dass eine Erstellung bis frühestens Ende 2017 derzeit als realistisch angesehen wird. Mit ihrem Vorschlag, auf nicht planrelevante Elemente zu verzichten, um zunächst einmal einen einheitlichen Plan zu erhalten, konnte die CDU-Fraktion nicht durchdringen. Aufgrund zahlreich eingetretener und weiterer drohender Verzögerungen bleibt dennoch zu hoffen, dass das Ergebnis irgendwann zwischen Mitte und Ende der folgenden Wahlperiode 2014–2020 vorliegt.



Duisburger Hafen

RVR schlägt Projekte vor

Die Bundesregierung erarbeitet einen neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP), der 2015 verabschiedet werden soll. Das Konzept kurz- bis langfristig zu realisierender Projekte des Baus von Straßen, Schienen und Schifffahrtswegen definiert Maßnahmen, die aus dem Bundeshaushalt gefördert werden können. Eine gutachterliche Bewertung ist für eine Entscheidung über eine Berücksichtigung im BVWP erforderlich. Die Länder sind an der Aufstellung des BVWP beteiligt und realisieren im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung Maßnahmen. Der RVR und die Regionalräte der übrigen Landesteile Nordrhein-Westfalens melden dazu Maßnahmen an.

Landesregierung streicht regionale Projekte

Der vom Bund dominierte Teil „Schifffahrtswege“ ist bestimmt von einem erheblichen Investitionsstau, aber politisch unstrittig. Erste Konflikte zeigten sich jedoch beim Thema Schiene. Nach Weiterleitung der Vorschläge der Landesregierung an den Bund stellte sich heraus, dass nicht alle Maßnahmen nach Berlin gemeldet worden sind. An das rot-grüne Landesverkehrsministerium wurden daher Forderungen gestellt, objektive Bewertungskriterien und Begründungen entsprechend der Vorgaben des Landesplanungsgesetzes anzugeben, wenn von den regionalen Vorstellungen abgewichen wird. Beim Teilbereich Straße zeigte sich jedoch, dass die rot-grüne Landesregierung hierzu nicht willig ist. Erneut wurde wieder erst nach Meldung an den Bund berichtet, was konkret gemeldet wurde. Von den acht landesweit nicht gemeldeten Maßnahmen liegen sieben in der Metropole Ruhr. Der Lückenschluss der A52 ist die prominenteste Maßnahme.

Bundesregierung prüft regionale Projekte dennoch

Allerdings dürfen auch Dritte und die Bundesregierung für die Aufnahme von Projekten in den Plan votieren. Industrie- und Handelskammer haben davon Gebrauch gemacht und auch die CDU-Fraktion im RVR schiebt derartige Vorschläge aus der Mitte der Gesellschaft an. So ist zu hoffen, dass regional bedeutsame Verkehrsprojekte trotz Widerstand von SPD und insbesondere Grünen realisiert werden können.



Chemiepark Marl und A52, Gelsenkirchen/Marl

- Lückenschluss A 52** *Mit einem eigenen Vorschlag zum Bundesverkehrswegeplan hat sich die CDU-Fraktion im RVR an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CDU) gewendet.*
- Ruhralleetunnel** *Die von der Landesregierung entgegen den Vorstellungen des Ruhrparlaments nicht nach Berlin gemeldeten Projekte wurden angeführt, so der Bau des Ruhralleetunnels in Essen (A 44) und der Lückenschluss der A 52 zwischen dem Essener Norden, Gladbeck und dem Gelsenkirchener Norden. Auch für die Untersuchung von Maßnahmen an den Bundesstraßen B 58 und B 528 hat sich die Fraktion eingesetzt. Erfreulich ist, dass der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, Enak Ferlemann (CDU), mitteilen konnte, dass das Ministerium alle angeführten Maßnahmen untersuche und dafür Unterlagen von der Landesregierung angefordert habe.*
- Bund bestimmt und zahlt** *Bau und Unterhaltung der Bundesfernstraßen erfolgt im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung. Diese Vorgabe aus dem Grundgesetz bestimmt, dass der Bund die Finanzierung und Benennung der Maßnahmen vornimmt. Für die konkrete Umsetzung vor Ort ist das jeweilige Bundesland verantwortlich. Da die hoheitliche Aufgabe aber beim Bund liegt, kann dieser den ausführenden Ländern Vorgaben machen und Weisungen erteilen. Darauf beruft sich das Bundesverkehrsministerium, wenn es Akten aus Düsseldorf anfordert. Laut Schreiben von Enak Ferlemann an die CDU-Fraktion im RVR hat sich das Bundesverkehrsministerium zum Ziel gesetzt, alle Projekte zu untersuchen, die für ein Funktionieren des Bundesfernstraßennetzes als erforderlich angesehen werden. Die Projekte der A 52 und der A 44 werden in Berlin nicht als allein kommunale Projekte angesehen. Mehr als nur von regionaler, sind sie von bundesweiter Bedeutung. Dies lässt hoffen, dass eine Blockade von Rot-Grün in Düsseldorf nicht zum Tragen kommt.*
- Länder führen aus**
- B 528, B 58 u. a.** *Eingesetzt hat sich die CDU-Fraktion in der Periode weiter für Maßnahmen an der B 528 in Kamp-Lintfort und der B 58 in Wesel sowie für einige Projekte im Teilplan Schiene.*

Straßenbauprogramme

Als Regionalrat wirkt der RVR an der Aufstellung landesweiter Programme des Straßenbaus mit. Dazu gehören die aus dem Landeshaushalt finanzierten Programme mit Maßnahmen kleineren Umfangs, des kommunalen Straßenbaus und des Sonderradwegbaus. Die Budgetkürzungen der rot-grünen Landesregierung im Verkehrsbereich haben die Zahl realisierbarer Projekte auf ein Minimum begrenzt.

Etatkürzungen durch die rot-grüne Landesregierung

Die Festsetzung von Prioritätenlisten für die Finanzierung regional bedeutsamer Verkehrspunkte ist in den letzten Jahren geprägt von Budgetkürzungen der rot-grünen Landesregierung. Hinzu kommt eine geringe Planungssicherheit bei der Finanzierung von größeren Projekten aufgrund Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern über Nachfolgeprogramme für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. Entflechtungsgesetz (EntfLG) infolge der Föderalismusreformen. Insbesondere die gegen das Auto als Verkehrsmittel gerichtete Ideologie der in NRW mitregierenden Grünen führt zu einem Erliegen der Finanzierung von Neubauten und Erhaltungsmaßnahmen. Die Kompetenz des Regionalverbands Ruhr als Regionalrat wird dadurch zugleich erheblich eingeschränkt. Die Setzung von Prioritäten bei der Reihenfolge, in der Projekte abgearbeitet werden, läuft ins Leere, wenn kein Geld zur Verfügung gestellt wird. Der Zustand der Straßen und Brücken in Land und Region spricht für sich. Die CDU-Fraktion tritt dafür ein, dass das Ruhrparlament seine Bedürfnisse gegenüber dem Land klar formuliert — so auch bei der Finanzierung von Verkehrspunkten. Bei der Priorisierung von Erhaltungsmaßnahmen ist der RVR nicht beteiligt und ist auf das Einfordern von Berichten beschränkt.

Föderalismusreform: Probleme zwischen Bund und Ländern

Straßenerhaltungs- programme: Keine Mitwirkung

Rohstoffgewinnung

Kiesindustrie: Warten auf den Regionalplan Ruhr

Die langfristige Sicherung der regionalen Versorgung mit abbaubaren Rohstoffen ist eine Aufgabe der staatlichen Regionalplanung. Weiterhin große Bedeutung für die Zukunft hat in der Region der Abbau und die Versorgung mit Kies und Sand. Geeignete Flächen konzentrieren sich am Niederrhein, so auch im Kreis Wesel.

Die CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit des Abbaus von Kies als Baumaterial und hat sich mehrfach mit dem Thema befasst. Sie ist aber auch überzeugt, dass steuernd eingegriffen werden muss, zum Beispiel mit einer Kiesabgabe. Die Versorgungssicherheit soll über zwischenzeitliche Einzelentscheidungen hinaus im zukünftigen Regionalplan Ruhr geregelt werden. Idealerweise erfolgt der Kiesabbau im Rahmen eines Konzeptes zur späteren Nutzung der ausgeklasten Flächen.



Südsee, ehem. Baggersee im Freizeitzentrum Xanten

Großflächiger Einzelhandel

IKEA Homepark in Wuppertal

Die Steuerung des großflächigen Einzelhandels gehört zu den Aufgaben der Regionalplanung. Um Ansiedlungen großer Märkte im Außenbereich zu verhindern, war es notwendig den Sachlichen Teilplan Einzelhandel für einen zukünftigen, neuen Landesentwicklungsplan (LEP) vorzuziehen. An der Erarbeitung ist der RVR beteiligt. Konkret wurden in den Jahren 2009 bis 2014 Auseinandersetzungen um Ansiedlungen von Möbelhäusern in Duisburg, Werl und Wuppertal geführt. Das in Werl geplante Factory Outlet Center und der in Wuppertal vorgesehene IKEA Homepark mit weiteren Fachmärkten haben Resolutionen, Stellungnahmen und eine regionale Koordination erfordert. Alle Projekte liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Metropole Ruhr und drohen, dem Einzelhandel in den Innenstädten der Mitgliedskommunen zu schaden. Die Stadt Wuppertal und der IKEA-Konzern rückten inzwischen von der Konzeption ab.

Höchstgrenze für Randsortiment

Strittig ist stets der Umfang des „zentrenrelevanten Randsortiments“. Frühere gesetzliche Regelungen waren durch das Ochtrup-Urteil 2009 entfallen. Maßgeblich für eine Neuregelung im Rahmen des LEP war eine Begrenzung dieses Randsortiments auf 2.500 qm Verkaufsfläche. Die CDU-Fraktion im RVR erkennt an, dass die rot-grüne Landesregierung wie die vorherige sich um eine Begrenzung der Märkte auf der grünen Wiese bemüht. Allerdings hätte sie sich eine striktere Regelung gewünscht. Auch ist der gleiche Grenzwert über alle — kleine, mittlere und große — Kommunen hinweg nicht sachgerecht. Für kleine Kommunen sind bereits 2.500 qm sehr viel.

Die CDU-Fraktion setzte sich stets dafür ein, die Innenstädte zu stärken und dem Abfluss von Kaufkraft auf „die grüne Wiese“ entgegenzutreten.

Regionalplanänderung zu Datteln IV



Eine notwendige Änderung des Regionalplans für den Bereich Emscher-Lippe konnte nur im Rahmen umfangreicher Auseinandersetzungen erzielt werden. Sie diente dem Fertigbau des Steinkohlekraftwerks Datteln IV auf Basis eines gültigen Bebauungsplans. Es waren viele politische Pirouetten notwendig, die von landespolitischen Auseinandersetzungen geprägt waren. Die CDU stand immer zum Bau des Steinkohlekraftwerks in Datteln. Es zählt allein, dass die erforderlichen Beschlüsse dann 2013 endlich gefasst wurden – mit den Stimmen von CDU und SPD, ohne die Grünen.

Bestellter Gutachter brachte unerwünschtes Ergebnis

Obwohl SPD und Grüne auf Landesebene vereinbart hatten, dass über den Bau des Kraftwerks nicht politisch entschieden werde, wurde versucht, in die vorgeblich neutralen Verwaltungsabläufe einzugreifen. Die Bestellung eines Gutachters, der nicht der Empfehlung der Verwaltung entsprach, bildete dabei den Höhepunkt. Da dieser zu keinem gefälligen Ergebnis kam, da er das Kraftwerk als genehmigungsfähig einschätzte, stand schnell der Vorwurf einer Parteilichkeit im Raum. Paradoxerweise wurde dieser von jenen vorgetragen, die den Gutachter bestellt hatten.

Grüner Planer befürwortet Projekt

Eine weitere Petitesse ist, dass der Vorsitzende der Fraktion der Grünen, Martin Tönnies, während des laufenden Verfahrens auf die Bank der Verwaltung wechselte. Er wurde neuer Bereichsleiter für Planung. So hat er letztlich, obwohl seine Fraktion gegen den Bau kämpfte, die Regionalplanänderung vorgeschlagen. Das Regionalplanänderungsverfahren, das einige Zeit an nicht vorliegenden Unterlagen aus dem Landesumweltministerium unter Johannes Rammel (Grüne) hakte, ist verwaltungsseitig sorgfältig durchgeführt worden. So wird es bei einer erwarteten gerichtlichen Prüfung Bestand haben. Für industriepolitische Projekte, die einer Genehmigung bedürfen, hat die RVR-Koalition keine eigene Mehrheit.



Zeche Ewald, Herten

Flächenbedarf und Flächenverbrauch

Regionaler Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen

Es gibt seit Jahren einen auch von der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft metropoleruhr GmbH diagnostizierten Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen in der Metropole Ruhr. Vielfach stehen ausgewiesene Flächen u. a. aus topografischen Gründen nicht zur Verfügung. Für den neuen, dann einheitlichen Regionalplan der Metropole Ruhr erwartet die CDU-Fraktion im RVR den Tausch von Flächentypen. Im Sinne der Beschlussfassung der CDU Ruhr soll auch hier die Wiedernutzung von Brachflächen — nicht nur ehemaligen Montanflächen — Vorrang haben.

Regionale Perspektive ist notwendig

Über die Erarbeitung eines neuen Regionalplans hinaus befassen sich die Gremien des RVR mit verschiedenen Flächenpotenzialen. Der RVR moderiert im Ennepe-Ruhr-Kreis ein Verfahren mit dem Ziel, interkommunale Gewerbegebiete zu entwickeln. Das von der rot-grünen Landesregierung aufgegebene NewPark-Projekt im Kreis Recklinghausen wird von der CDU-Fraktion im RVR begleitet. Das gilt auch für die Entwicklung von 210 ha freierwerdenden Gewerbe- und Industrieflächen der Opel-Werke in Bochum sowie des Edelstahlproduzenten Outokumpu, ehemals ThyssenKrupp Nirosta. Keine dieser Flächen darf separat nur für die jeweilige Kommune betrachtet werden. Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat ein Interesse an der Nutzung von Opel-Flächen, die in der benachbarten Stadt Bochum liegen. Auch die Fläche der ehemaligen Westfalenhütte in Dortmund hat eine Bedeutung über die Stadt hinaus in den Kreis Unna.

Die Entwicklung von Gewerbe-, und Industrie- wie auch Siedlungsflächen, wird maßgeblich durch Vorgaben des novellierten Bau-Gesetzbuches und des derzeit im Entwurf vorliegenden neuen Landesentwicklungsplans bestimmt. Gemäß des novellierten Bau-

Gesetzbuches ist erkennbar, dass die Umwidmung von Grün- und Agrarflächen erschwert wird. Das ist ganz im Sinne des Programms „Allianz für die Fläche“, mit der der Flächenverbrauch in NRW auf 5 ha/Tag reduziert werden soll. Um als Standort attraktiv zu bleiben, müssen Brachflächen schneller reaktiviert werden.

Metropole Ruhr führend beim Brachflächenrecycling

Flächenmonitoring belegt sparsamen Umgang

Die Reduktion des Flächenverbrauchs stellt neue Ansprüche an das Recycling von Brachflächen, um neue Flächen zur gewerblichen und industriellen Nutzung bereitzustellen. Zur Zielerreichung konnte die Metropole Ruhr beitragen, indem durch geeignete Instrumente sparsam umgegangen wird mit gewerblich-industriellen Bauflächen und restriktionsbelastete Flächen verstärkt mobilisiert werden. Wurden 2005–2010 im Jahresdurchschnitt 212 ha unbebaute Bestandsflächen neu vermarktet, so konnte dies nachfolgend gesteigert werden auf je 240 ha, von denen 31 % mit Restriktionen belastet waren. Über Daten hierzu verfügt der RVR durch das von ihm und der Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH betriebene Gewerbeflächenmonitoring.

Oft Restriktionen bei Brachflächen

1.285 ha bzw. 44 % aller potenziellen Gewerbe- und Industrieflächen in der Metropole Ruhr (Stand 2009) sind mit Restriktionen behaftet. Potenziell können für 999 ha (355 Flächen) Restriktionen abgebaut werden. 660 ha sind mit schwerwiegenden Restriktionen in Form von Altlasten behaftet. Es ist Aufgabe des Landes, für ein hinreichendes Flächenangebot zu sorgen. Hierzu gehört auch eine Unterstützung der Kommunen, die nicht allein auf Mittel



Siedlung Teutoburgia, Herne

aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und Altlastenuntersuchungen beschränkt bleiben darf. Das Brachflächenrecycling muss auch hinsichtlich der Ziele der Stadtentwicklung Vorrang haben.

Betriebserweiterungsflächen

Betriebserweiterungsflächen stehen für Dritte nicht zur Verfügung

Zu vornehmsten Aufgabe der Kommunen gehört, Flächen zu mobilisieren mit Blick auf die angestrebte Reduktion des Flächenverbrauchs und eine Knappheit an kurzfristig zur Verfügung stehenden Gewerbe- und Industrieflächen in der Metropole Ruhr. Das umfasst auch eine Begutachtung der von Unternehmen bevorrateten Flächen. Laut Gewerbeflächenmonitoring für die Metropole Ruhr sind von den 1.587 ha Betriebserweiterungsflächen 580 ha für Dritte potenziell verwertbar, wobei 339 ha als Flächen vorliegen, die größer als 1 ha sind. Diese 339 ha wurden im Rahmen des Gewerbeflächenmonitorings auf ihre Verwertbarkeit geprüft. Das Ergebnis war, dass diese Verwertbarkeit nur für 53 ha — das sind gerade einmal 15 % der Betriebserweiterungsflächen — gegeben ist.

Faktisch ein 0-ha-Ziel bei Anrechnung

Die von der Landesregierung im LEP-Entwurf vorgeschlagene Anrechnung auf den Flächenbedarf der Kommunen ist daher abzulehnen. Sie würde die politisch gewollte Reduktion des Flächenverbrauchs, das die Interessen von Wirtschaft und Umwelt verbindet, zu einem 0-ha-Ziel verkehren, da die umfangreich angerechneten Flächen faktisch nicht zur Verfügung stehen. Die CDU hat dies in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des LEP einfließen lassen. Die CDU-Fraktion im RVR bevorzugt die Nutzung der regional erfassten Daten als Basis zur Steuerung. Die landesweite Methode wäre zwar einheitlich, entspricht aber nur abstrakt abgeleiteten Vorgaben. Daher werden landesweite Vorgaben ohne Berücksichtigung regionaler Besonderheiten abgelehnt.

Europäische Fördermittel

Endlich das Europareferat

Bereits seit der Wahlperiode 1999–2004 betreibt die CDU die Errichtung eines Europa-büros des RVR, das auch in Brüssel präsent ist. Ein Beschluss des Ruhrparlaments hier-für wurde viele Jahre nicht umgesetzt. Seit 2012 hat der RVR ein entsprechendes Refe-rat, aber noch keine Präsenz in Brüssel, die sich mit Fördergeldern für die Region be-fasst. Die CDU geht davon aus, dass viel mehr aus Brüssel eingeworben werden könnte, wenn nur bekannt wäre, welche Fördertöpfe für welche Zwecke zur Verfügung stehen.

Allgemeine Regeln erarbeitet

Die Metropole Ruhr ist von Vorgaben aus Brüssel, Berlin und Düsseldorf erheblich abhängig, die für europäische Fördermittel gelten. Die Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds (ESF) scheinen bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Förderung aus den Europäischen Fonds erfolgt nach verschiedenen Programmen. Sie haben eine Laufzeit von sieben Jahren. Die aktuelle Förderperiode läuft von 2014 bis 2020. Ein erheblicher Teil der vom RVR realisierten Projekte wird aus derartigen Programmen, zum Beispiel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), gefördert. Der Begriff „Ziel 2“ wird hier oft verwendet. Er bezeichnet eine Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur um strukturschwache Regionen zu stärken. Gelder aus dem EFRE fließen für Projekte der Stadtentwicklung, für Brachflä-chensanierung und touristische Projekte, zum Beispiel für den Bau von Radwegen. Beim Wegfall einer Förderung des regionalen Tourismus ist in Zukunft eine Förderung des Rad-tourismus im Rahmen von Klimaschutzprogrammen als Alternative denkbar. Abgelehnt wird seitens der CDU-Fraktion im RVR eine Förderung von Breitbandanschlüssen aus diesem Pro-gramm. Hierfür hat die Bundesregierung ein Sonderprogramm aufgelegt.

Konkretisierung folgt

In 2012/13 wurden die neuen Förderrichtlinien beraten. In den nächsten Jahren liegt der Schwerpunkt auf der Priorisierung und der Benennung von Einzelprojekten.

Route der Industriekultur

**RVR, Kommunen
und Land unter-
halten den Park**

Die „Route der Industriekultur“ erschließt auf einem 400 km langen Rundkurs durch die Metropole Ruhr die industriekulturelle Geschichte der Region. 6 vom RVR begleitete Großstandorte, sowie 25 Ankerpunkte, 16 Panoramen und 13 Siedlungen bilden den Kern der Route. Der RVR als gesetzlich bestimmter Moderator pflegt die Route und ist für das touristische Marketing verantwortlich. Die Route ist im Norden der Metropole eng mit dem Emscher Landschaftspark verzahnt. Sie ist Teil der European Route of Industrial Heritage (ERIH) und findet inzwischen Entsprechungen in Frankreich, Belgien und Polen.



Panorama auf dem Tippelsberg, Bochum

Der zuständige Betriebsausschuss des RVR begleitet die Pflege der Route. Die Gelder stammen zur Hälfte aus dem Landeshaushalt. Wie beim Emscher Landschaftspark übernimmt der Verband ein Qualitätsmanagement, da der RVR nicht alle Arbeiten und Unterhaltsleistungen selbst erbringt. Einen Großteil übernehmen die Kommunen für die vielen örtlichen Ankerpunkte — mehrere Hundert. Der Ausschuss begleitete die Initiative einer Bewerbung der Industrielandschaft der Metropole Ruhr als UNESCO-Weltkulturerbe.

Tippelsberg aufgenommen

Zum Jahresbeginn 2011 wurde die Route um den Tippelsberg in Bochum-Riemke und seinen Panoramablick ergänzt. Die Halde auf dem Tippelsberg ist eine ehemalige Bauschuttdeponie. Im Gegensatz zu den Bergehalden des Steinkohlebergbaus wurden hier Materialien aus dem Stadtbahnbau angeschüttet. Gestaltet wurde die Halde mit den Fußabdrücken des namensgebenden, sagenhaften Riesen Tippulus.





Tiger & Turtle — Magic Mountain, Duisburg

Feigenblatt der Kulturhauptstadt

Die Kulturhauptstadt erteilte sich im Jahr 2007 den Auftrag, einen Masterplan Sport zu erarbeiten. Der Sport sollte nicht zu kurz kommen, obwohl für die regionale Sportförderung jährlich nur ein Etat von zuletzt 68.000 € zur Verfügung steht. Der Masterplan sollte sich mit der regionalen Sportinfrastruktur befassen, mit der regionalen Freizeitarchitektur, mit „ballungsraumnahen Freizeitmöglichkeiten in der Landschaft“ und mit dem „Arbeitsmarkt Sport“.

Viel Arbeit, wenig Ergebnis

Das Arbeitsergebnis in 2011 bewertete die Verwaltung selbst als desaströs. Es „wird bewusst auf eine durchaus wünschenswerte präzise Darstellung der regionalen Besonderheiten der Region (Stärken und Schwächen in den verschiedenen Themen des Sports) verzichtet. Aussagen zur Region haben in aller Regel beschreibenden Charakter. Der Hinweis auf zeitliche und finanzielle Restriktionen rechtfertigt nicht die nur marginale Darstellung der in Studien und Workshops bereitgestellten Unterlagen und Ergebnisse. Die Basis für das Ziel einer Profilierung der Sportmetropole Ruhr fehlt somit. Eine datenbasierte, nachvollziehbare Analyse und Bewertung ist somit nur ansatzweise gegeben“.

Positiv: Neue RuhrGames

Der mehr als 100.000 € teure Plan wurde schnell schubladisiert. Wenigstens ein Gutes wird hoffentlich bleiben: Die Überarbeitung der alten RuhrOlympiade. Aus dieser wurden die neuen RuhrGames geformt, die ab 2015 mit starker finanzieller Unterstützung des Landes stattfinden sollen. Dabei sollen olympische Sportarten um Trendsportarten ergänzt und mit einem Unterhaltungsprogramm in industriekulturellen Ambiente verbunden werden. Die Metropole Ruhr bezieht ihren Marketingkern in das Konzept einer regionalen Sportveranstaltung für Jugendliche ein. Das heißt die CDU generell gut; allerdings hätte es dafür diesen Plan nicht gebraucht.



Stilleben A 40

Verstetigung der Kulturhauptstadt

RUHR.2010
Kulturhauptstadt Europas

Regionale Nachhaltigkeit als Leitidee

Im Jahr 2010 war die Metropole Ruhr Kulturhauptstadt Europas. Die Bewerbung und Vorbereitung auf das Projektjahr haben sieben Jahre benötigt. Zu Recht wird von einem Dekadenprojekt im Anschluss an die Internationale Bauausstellung Emscherpark (IBA) in den 1990ern gesprochen. Die CDU konnte seinerzeit ihre Vorstellung durchsetzen, dass das Kulturhauptstadtprojekt nicht ein einmaliges Feuerwerk werden sollte. Gerade auch in Abgrenzung zu vorherigen Kulturhauptstädten, zum Beispiel Weimar, sollte etwas Nachhaltiges entstehen. Im Anschluss an den Vorschlag eines Masterplans Kultur kam es leider erst im Herbst 2011 zu einem Beschluss, der Teile von Ruhr.2010 verstetigen sollte. Immerhin werden dadurch jedes Jahr 4,8 Mio. € je zur Hälfte von Land und von der Region für die regionale Kultur aufgebracht.

Die Projekt-Gesellschaft Ruhr.2010 GmbH wurde liquidiert. Entgegen von einigen geäußerten Befürchtungen war kein Nachschuss nötig. Ein kleiner Überschuss konnte an eine Kulturstiftung überwiesen werden. Von den jährlich 4,8 Mio. € gehen 200 Tsd. € direkt an den RVR, um Steuerungsaufgaben zu erbringen. Dies ist ein aus Sicht der CDU viel zu geringer Betrag, der nur einen Alibiposten in Form einer Stabsstelle parallel zum bereits existierenden Referat „Sport und Kultur“ finanziert.

EmscherKunst wird fortgesetzt

Mit 3.100 Tsd. € erhält die Kultur Ruhr GmbH die größte Zahlung. Die bisherigen Säulen Chorwerk Ruhr, Ruhrtriennale und Tanzlandschaft PACT auf der Zeche Zollverein sind um eine vierte Arbeitssäule „Künste im urbanen Raum“ ergänzt worden. Hieraus wird auch das Projekt EmscherKunst im dreijährigen Rhythmus fortgesetzt. Zu dessen Finanzierung werden weitere Partner, vor allem die Emschergenossenschaft, und Fördertöpfe des Landes

herangezogen. Die EmscherKunst.2013 war ebenso erfolgreich wie die Ausstellung in 2010.

Regionale Veranstaltungen

Die Ruhr Tourismus GmbH (RTG) erhält jährlich 400 Tsd. € für das Management der aus der Kulturhauptstadt hervorgegangenen kulturellen Dachmarke. Hier sollen auch themengemäße Förderprojekte unterstützt werden. Weitere 700 Tsd. € erhält die RTG für ihre bekannten Veranstaltungen Extraschicht — „Die Nacht der Industriekultur“ — und den fortgeführten „Day of Song“ für Chöre. Die RTG initiierte dazu regionale Veranstaltungen wie die „Haldensaga“ — eine kulturelle Nachtwanderung durch die Region und über Halden — und „Speed of Light Ruhr“ — eine abendliche Lichtinszenierung mit Läufern in LED-Spezialanzügen.

Kreativwirtschaft

Die Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH und ECCE, das Europäische Zentrum für Kreativwirtschaft im Dortmunder U, erhalten für die Arbeit in diesem Bereich jährlich 400 Tsd. €. Allerdings sind sowohl Sinn, als auch Erfolg der ECCE diskussions- und evaluierungsbedürftig.

Mehr Kooperation notwendig

Vom Kulturhauptstadtprojekt bleibt etwas. Einiges ist aufgrund des langen Entscheidungsweges — 10 Monate nach Ende des Kulturhauptstadtjahres — auf der Strecke geblieben. Bei der regionalen Zusammenarbeit ist es im Kulturbereich wieder zu Rückschritten gekommen. Gerade große Kulturinstitutionen sind zu einer Kooperation aufgefordert. Ruhr.2010 hat gezeigt, dass es geht. Und es gibt positive Beispiele wie die Ausrichtung des 100-jährigen Jubiläums des Rhein-Herne-Kanals entlang der Passage des Kanals. Dieses Passagen-Konzept stammt aus der Strategie der touristischen Vermarktung der Kulturhauptstadt Ruhr.2010.



Stille Demo, Landschaftspark Duisburg-Nord



Gleispark auf Zeche Zollverein, Essen

Emscher Landschaftspark

Neuer Grünzug

Der Emscher Landschaftspark ist aus der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park hervorgegangen. 20 Kooperationspartner wie Städte und Bezirksregierungen arbeiteten gemeinsam an der Schaffung eines neuen Parktyps. Dieser wird die Gebiete noch erhaltener vorindustrieller Landschaft und die der industriellen und postindustriellen Landschaft miteinander verbinden. Er entsteht als neuer Grünzug in Ost-West-Richtung und soll unter Einbeziehung der Revierparks die sieben historischen Grünzüge in Nord-Süd-Richtung verbinden. Für die Sicherung dieser Grünzüge ist der RVR seit über 90 Jahren verantwortlich. Der Umbau der montan-industriell vorgeprägten Landschaft der nördlichen Metropole soll bis 2020 abgeschlossen werden.

Erbe des Industriezeitalters

Laut Vertrag mit dem Land über den Emscher Landschaftspark werden dem RVR jedes Jahr für die Pflege des Emscher Park Radwegs und für die 15 daran anschließenden, exponierten Standorte 2,5 Mio. € zur Verfügung gestellt. Davon leitet der RVR 1,4 Mio. € direkt als 50%ige Förderung an die beteiligten Kommunen weiter. Die übrigen 1,1 Mio. € bilden die Förderung der im Besitz des RVR befindlichen Standorte. Aufgrund der von SPD und Grünen im Haushaltsplan 2011 beschlossenen Kürzung der Mittel des RVR für den Emscher Landschaftspark um 250.000 € sah sich die Verwaltung nicht mehr in der Lage, den Emscher Landschaftspark auf dem vertraglich vereinbarten Niveau — bereits der geringsten Pflegestufe für Freianlagen — zu unterhalten. Die Zahlungen des Landes an die Kommunen waren gefährdet. Inzwischen hält sich der RVR wieder an die vertraglichen Regelungen mit dem Land. Eine Fortsetzung des öffentlich-rechtlichen Vertrages über den Emscher Landschaftspark und die Route der Industriekultur wird über das Jahr 2016 hinaus angestrebt.



Nordsternpark, Gelsenkirchen

Der RVR-Haushalt speist sich überwiegend aus einer Umlage aller Kommunen, also den Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen der Städte.

Emscher-Umbau

Im Emscher Landschaftspark finden sich mehrere Ankerpunkte und Großstandorte der Route der Industriekultur. Seine Entwicklung erfolgt im Rahmen eines Masterplans. Die Renaturierung der Emscher durch die Emscher Genossenschaft, der „emscher:umbau“, ist ein wesentliches Teilprojekt. Die einst „wilde“ Emscher mit einer Länge von 83 km wurde im Rahmen der Industrialisierung der Region gebändigt und als Abwasserkanal genutzt. Der Nebenfluss des Rheins ist stark durch den Bergbau geprägt.

Hochwasserschutz und Deichsanierungen

Der Emscher Landschaftspark und die Betreuung der 14.500 ha Wald im Eigentum des RVR sind nicht die einzigen Freiraumprojekte des RVR. Als Regionalrat Ruhr befasst er sich mit dem Hochwasserschutz insbesondere am Niederrhein, zum Beispiel an der Bisslicher Insel. Hier werden Umweltschutz, Freiraumentwicklung und Hochwasserschutz zu einem einzigartigen Projekt verbunden. Die Genehmigung von Deichsanierungen gehören ebenso zum Tätigkeitsspektrum wie die Gestaltung des Lippemündungsraums und von Auskiesungen.



Grünes Dekadenprojekt

Vorerst gescheitert: Grüne Hauptstadt Europas *In 2011 beschloss das Ruhrparlament nach Intervention der CDU-Fraktion eine Bewerbung als Europäische Umwelthauptstadt. Der von Rot-Grün ursprünglich vorgelegte Antrag war wenig konkret. Er sprach nur von einem „Dekadenprojekt“, um an das erfolgreiche Kulturhauptstadt-Projekt anzuschließen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte eine Weltausstellung in Aussicht gestellt. Angesichts des finanziellen Aufwands ist es bis zur Verwirklichung einer Weltausstellung ein langer und beschwerlicher Weg. Auch drei Jahre nach der Verkündung des Projekts liegt wenig Konkretes vor. Eine regionale Bewerbung als „Grüne Hauptstadt Europas“ ist am Streit untereinander und wenig professionellem Handling gescheitert. Die Stadt Essen hat sich danach im Alleingang um den Titel beworben. Das Konzept einer Ausstellung zu Umwelt- und Klimaschutz ist zu einem Fenster in einem Landesprogramm geschrumpft.*

Chance zur Profilierung

In dem noch jungen Wettbewerb sieht die CDU eine Chance für eine Profilierung der Region und eine Imageaufwertung. Ziel ist es bis 2020 eine Leistungsschau der Energie- und Industriemetropole Ruhr durchzuführen und grüne Umweltaspekte zu präsentieren.

Drei Dekaden

Der Begriff „Dekadenprojekt“ soll eine Erzählung der Metropole Ruhr erzeugen. Die neue Metropole Ruhr habe sich demnach aus dem Ruhrgebiet entwickelt. Am Anfang stehe die erste Dekade der Internationalen Bauausstellung IBA EmscherPark in den 1990er Jahren, gefolgt vom Kulturhauptstadtprojekt, den Vorbereitungen auf Ruhr.2010. In der dritten Dekade sollen Umwelt- und Energiethemen aufgegriffen werden. Gemeinsame Umweltziele für die Kommunen der Metropole Ruhr werden angestrebt. Ob aus dem Projekt Alleinstellungsmerkmale für die Region entstehen, ist mehr als fraglich.

Abfallentsorgung

AGR & RZR

Der RVR ist Eigentümer der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH (AGR) mit Sitz in Herten. Dort steht die Müllverbrennungsanlage, das „Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr“ (RZR). Aus der Müllverbrennung werden Strom für die Stadt Herten und Fernwärme gewonnen. Die AGR stellt dem EKOCity-Abfallwirtschaftsverband, an dem u.a. die Kreise Recklinghausen und Ennepe-Ruhr neben den Städten Herne und Bochum beteiligt sind, Kapazität im RZR zur Verfügung. Sie betreut ehemalige Deponien.

Nach turbulenten Zeiten, die durch politische Träume von einem international tätigen Konzern verursacht waren, und die die AGR an den Rand der Insolvenz gebracht hatten, konnte die Tochtergesellschaft des RVR auf ihr Kerngeschäft zurückgeführt werden. Inzwischen ist sie stabilisiert, so dass sie eine Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 1,5 Mio. € jährlich zahlt.

Abfallwirtschaftsplan

Der RVR ist selbst Mitglied des Abfallwirtschaftsverbands EKOCity. Aufgrund seines gesetzlichen Auftrags zur Abfallentsorgung stellt er selber eine regionale Plattform dar. Daher und aufgrund der Regionalplanungskompetenz hat sich das Ruhrparlament mit den Entwürfen für einen Abfallwirtschaftsplan NRW befasst. Die CDU lehnt die darin vorgesehenen planwirtschaftlichen Aspekte ab. Die Konsequenzen werden sich nach Planerlass ergeben.

Karnap-Nachfolge

Als regionaler Akteur hat die AGR anlässlich des Auslaufens der Veraschungsverträge der Mitgliedskommunen Bottrop, Essen, Mülheim an der Ruhr und Gelsenkirchen Modelle für eine alternative Entsorgung aufgezeigt. Die Mitgliedskommunen des RVR haben sich jedoch für andere Lösungen bzw. Ausschreibungen entschieden.

Regionales Radwegenetz

Der RVR entwickelt ein regionales Radwegenetz, insbesondere auf ehemaligen Bahntrassen. Unter den jüngsten Projekten ist die Rheinische Bahn zwischen Essen und Duisburg zu nennen, der Radweg Hoheward von der Halde im Emscherbruch bis Herten-Westerholt, der Springorum-Radweg in Bochum und der Radweg auf der ehemaligen Zechenbahn Werne-Bockum-Hövel. Mit der RuhrTourismus GmbH (RTG) vermarktet der RVR den Ruhrtalradweg von der Quelle bis zu Mündung und die „Route der Industriekultur per Rad“. Als neues touristisches Angebot wurde der Römer-Lippe-Radweg entwickelt. Eine Machbarkeitsstudie für einen Radschnellweg Ruhr parallel zur Achse des alten Hellwegs bzw. der Bundesautobahn A40 wird derzeit – finanziell gefördert durch Bundesregierung – erstellt; ob der Radschnellweg zu vertretbaren Kosten und mit einer verträglichen Trasse realisiert werden kann, muss noch entschieden werden.



Radfahrer auf dem Ruhrtalradweg, Wetter (Ruhr)



Revierpark Wischlingen, Dortmund

Revierpark- und Freizeitgesellschaften

RVR und Kommunen unterhalten Revierparks und Freizeitgesellschaften

Der RVR unterhält in Kooperation mit den örtlichen Kommunen Revierparks und Freizeitgesellschaften. Dazu gehören auch einige Freizeitbäder. Seit mehr als zehn Jahren sind die Einrichtungen chronisch unterfinanziert. Gerade die Bäder leiden unter einem erheblichen Investitionsstau. Ein vor den Kommunalwahlen 2009 beschlossenes Konzept, einen großen Konzern aller Gesellschaften zu bilden, war damals bereits unrealistisch. Der Zustand der Einrichtungen hat sich weiter verschlechtert. Für eine Lösung fehlen SPD und Grüne die Kraft.

Erhebliche, wachsende Defizite

Die Besucherzahlen sind seit Jahren rückläufig. Ein geändertes Freizeitverhalten, ein regionales Überangebot und der Zustand der Einrichtungen sind die Ursachen. Das verstärkt die jährlichen Defizite. Es wird erwartet, dass sie ohne Handeln kurzfristig auf 5 Mio. € pro Jahr hochschnellen. Höhere Besucherzahlen — so zuletzt im Freizeitbad Heveney am Kemnader See, Stadtgrenze Bochum/Witten — wurden mit geringeren Eintrittspreisen erkaufte, die zu höheren Verlusten führten.

Rot-Grün hat kein Konzept

SPD und Grüne haben sich letztlich am Ende der Wahlperiode zu einer Neuauflage des bereits vor fünf Jahren gescheiterten Vorschlags, eine große Gesellschaft zu gründen, durchgerungen. Dies trifft bereits auf Widerstand in den Kommunen, auch bei den eigenen Parteifreunden. Realistischer scheint eine Übertragung einiger Einrichtungen an Kommunen.

Der RVR ist an den Revierparks Mattlerbusch, Vonderort, Nienhausen, Gysenberg, Wischlingen sowie den Freizeitgesellschaften Kemnade, Xanten und Maxi-Park beteiligt. Weitere Aktivitäten gibt es am Halterner See und an der Glörrtalsperre.

Haushaltspläne 2010–2014

Geringes Haushaltsvolumen

Der RVR und seine Vorgänger waren seit Gründung zu Beginn der 1920er Jahre nicht nur Planungsbehörde, sondern als höhere Kommunalverbände immer auch Gebietskörperschaften. Daher entscheidet das Ruhrparlament zu Einnahmen und Ausgaben, dem Haushaltsplan des RVR. Mit Ausgaben von etwa 52 Mio. € und einer Bilanzsumme von 531 Mio. €, ist das Haushaltsvolumen des RVR im Vergleich zu dem seiner Mitglieds-kommunen sehr klein. Allerdings sagt dies wenig über seine Wirksamkeit aus, da er regelmäßig Projekte mit Fördermitteln von Dritten bis zu einer Höhe von 90 % realisiert. Der RVR verzehnfacht im Idealfall bei solchen Projekten die verausgabten Mittel zum Wohle der Region. Daher sind Entscheidungen bereits deutlich im Vorfeld der jährlichen Haushaltsberatungen wichtig: Es kommt zunächst darauf an, Projekte hinreichend zu qualifizieren, um sie dann umzusetzen.

Ziele richtig benannt

Mit dem Amtsantritt der neuen Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel (SPD) ist zumindest wieder der Versuch unternommen worden, das Ruhrgebiet in Richtung Metropole zu entwickeln. Sechs Jahre des Stillstands schienen damit beendet zu sein. Es wurden die Themen Regionales Verkehrsmanagement und Nachfolge des Kulturhauptstadtprojekts angegangen. Verhandlungen mit dem Land über eine personelle Aufstockung der stark ausgelasteten Regionalplanungsbehörde wurden aufgenommen, eine Bewerbung als „Grüne Hauptstadt Europas“ gestartet und endlich ein Europareferat eingerichtet. Die CDU erkannte die Überschriften der Politikziele an und stimmte dem Haushaltsplanentwurf der Direktorin für das Jahr 2012 in Abkehr von der langjährigen ablehnenden Haltung zu. Dazu äußerte die CDU ihre Befürchtung, dass Rot-Grün die an sich richtigen Themenüberschriften nicht mit den adäquaten Details füllen werde.



Hallenhaus, Halde Norddeutschland, Neukirchen-Vluyn

Kaum Fortschritte erkennbar

Auch dem Haushaltsplan für das Jahr 2013 konnte noch zugestimmt werden, jedoch zeigte sich, dass von 2012 bis 2013 kaum Fortschritte erzielt wurden.

Mangelnde Unterstützung durch SPD und Grüne

Ein Jahr später ist es offensichtlich: Die SPD-Fraktion, der auch die Oberbürgermeister und Landräte in der Metropole mehrheitlich angehören, und die Grünen lassen die Regionaldirektorin hängen. Die Erwartung der CDU-Fraktion, dass sich politischer Dissens bei Detailfragen ergeben, wurde im Wesentlichen nicht erfüllt, weil es dazu erst gar nicht kam. Aus dem regionalen Dekadenprojekt zu Umwelt- und Klimaschutz wurde ein Schaufenster in einer Landesveranstaltung. In Bezug auf die Revierpark- und Freizeitgesellschaften wurde ein nicht umsetzbares, altes Konzept erneut beschlossen. Nach zwei Jahren des neuen Verkehrsmanagements gibt es ein Arbeitsprogramm für die Erarbeitung eines Konzepts.

Zahlreiche Strategiepapiere

In dieser Zeit wurden viele Papiere und Konzepte vorgelegt, zuletzt ein Strategiepapier für den RVR und seine Beteiligungsgesellschaften. Zusammen mit den Zielen für den zukünftigen Regionalplan sollte dieses Strategiepapier in der letzten Sitzung der Verbandsversammlung in der Wahlperiode 2013–2014 noch schnell verabschiedet werden. Die CDU beantragte Vertagung, weil Ziele zu Beginn einer Wahlperiode, nicht jedoch in der letzten Sitzung beschlossen werden sollten. Der Antrag fand eine Mehrheit im Ruhrparlament.

CDU kann diesem Stillstand nicht zustimmen

In der gleichen Sitzung lehnte die CDU den Haushaltsplanentwurf für 2014 ab. Den derzeit beim RVR herrschenden Stillstand kann die CDU-Fraktion nicht mehr legitimieren. Der Verband braucht neuen Schwung, über den SPD und Grüne nicht verfügen. Im Vergleich dazu stehen die Interessen der Region für SPD und Grüne an zweiter Stelle. Durchsetzungsfähigkeit in Düsseldorf ist nicht gegeben. Zum Beispiel ist die erreichte zusätzliche Personalausstattung für die Regionalplanungsbehörde im Vergleich zu ähnlichen Abteilungen andernorts dürftig.

Verbandsumlage

Verbandsumlage bleibt konstant

Die Verbandsumlage konnte in den letzten Jahren konstant gehalten werden. Trotz neuer Aufgaben sorgten steigende Steuereinnahmen und ein Sparkonzept dafür, dass der Prozentbruchteil, den der RVR von den Mitgliedskommunen als Umlage erhebt, nicht erhöht werden musste. Allerdings musste zur Vorfinanzierung von Projekten die noch weitgehend vorhandene Ausgleichsrücklage inzwischen herangezogen werden. Es bleibt abzuwarten, ob eine angekündigte Absenkung der Umlage in den nächsten Jahren realisiert werden kann.

Wieder jährliche Ausschüttungen der AGR

Die Ergebnisse der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr mbH haben sich wieder erfreulich entwickelt. Nach Jahren politischer und geschäftlicher Fehlentscheidungen konnte die Gesellschaft stabilisiert werden. Heute kann sie eine Eigenkapitalverzinsung an den RVR leisten. Es wird mit dauerhaften Ausschüttungen von bis zu 2 Mio. € pro Jahr gerechnet. Das sind immerhin 4 % des Ausgabevolumens. Bei den Freizeitgesellschaften sind jedoch erhebliche Risiken vorhanden.

Die vertraglich zugesagte Rückstellung in Höhe von 25 Mio. € bis 2016 zur Instandhaltung der sechs großen Ankerpunkte der Route der Industriekultur entwickelt zwischenzeitlich im Plan.

Zuletzt wurde erkennbar, dass die Kreditverpflichtungen des RVR rückläufig sind. Das ist bei den Krediten für Investitionen zunächst erfreulich, aber auch als Zeichen zu werten, dass weniger Projekte realisiert werden. Zum einen liegt das daran, dass die im Rahmen von Großprojekten wie dem Emscher Landschaftspark zuletzt umgesetzten Maßnahmen schwieriger sind und daher mehr Zeit beanspruchen. Zum anderen liegt es auch daran, dass die Quote an Eigenanteilen durch die Landesregierung angehoben wurde und sich der Umfang von Förderprogrammen, z. B. dem Ökologieprogramm Emscher-Lippe, verringert.



Zeche Zollverein, Essen

Personalentscheidungen

Der RVR wird durch den Regionaldirektor bzw. die Regionaldirektorin geleitet. Ihr sind drei Bereichsleiter – für Planung, Wirtschaftsführung und Umwelt – beigeordnet. Die Wahlen waren zu Beginn der Wahlperiode 2009–2014 fällig.

Bereichsleiter

Wenngleich einige Entscheidungen sich an der Kompetenz der Bewerber orientiert haben, so war bei anderen offensichtlich das Parteibuch der Bewerber ausschlaggebend. Der Verbandsleitung, in der nur SPD und Grüne vertreten sind, hat die CDU ihre Zustimmung aus mehreren Gründen verweigert. Im Bereich Planung war die Wahl eines neuen Leiters notwendig, da aus Altersgründen ein Wechsel anstand. Nachfolger wurde der Fraktionsvorsitzende der Grünen im RVR, der Dortmunder Martin Tönnies. Zuvor war er Mitarbeiter seiner Landtagsfraktion.

JUSO- Bundesvorsitzender zur WMR

In den gleichen Zeitraum fällt auch die Entscheidung zur Geschäftsführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft metropoluhr mbH. Sie ging an den ehemaligen JUSO-Bundesvorsitzenden Thomas Westphal (SPD), der bis dahin Mitherausgeber der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft war. Er ist inzwischen weiter zur Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund gewechselt.

AGR & WMR

Mehr Glück hatte der Verband mit Joachim Ronge. Der von der RAG geprägte Geschäftsführer hat die AGR weiter stabilisiert, so dass sie dem Verband sogar wieder eine Eigenkapitalverzinsung zahlt.

Positiv entwickelten sich auch die ersten Monate der Arbeit des neuen Geschäftsführers der WMR, Rasmus Beck (SPD). Er war zuvor bei der Wirtschaftsförderung der Region Hannover und der Stadt Dortmund tätig.

Fraktionsmitglieder



Fraktionsvorstand

Vorsitzender	Roland Mitschke
Stellvertreter	Josef Hovenjürgen MdL
.....	Uwe Kutzner
Beisitzer im Vorstand	Udo Bovenkerk
.....	Lothar Hegemann MdL
.....	OB Thomas Hunsteger-Petermann
Stellv. Vors. Verbandsversammlung	Lothar Hegemann MdL
(Ehren-)Vorsitzender der CDU Ruhr	Prof. Dr. Norbert Lammert MdB

Beratende Mitglieder

Vorsitzender der CDU Ruhr	Oliver Wittke MdL
Fraktionsgeschäftsführer	Dirk Schmidt

Impressum

V.i.S.d.P.: Dirk Schmidt M. A., c/o CDU-Fraktion im RVR,
Kronprinzenstraße 35, 45128 Essen

Bildnachweis

Seiten 1, 7, 19: Dirk Schmidt/ CDU-Fraktion im RVR; S. 17, 41: Dirk Schmidt/ privat; S. 8: RVR; S.12, 14, 20, 23, 26-27, 28, 33, 34, 36, 42, 45, 48: Marco van Donzel-Giesen; S.4, 50: Tim Wollenhaupt; S. 2, 10, 30, 38, 52: Eybe+Eybe; S.6 oben: Jürgen Theobald; Logo S. 31: RTG; S. 6 unten: Hamid Noorami

Druck

LASERLINE Digitales Druckzentrum Bucec & Co. Berlin KG

Metropole Ruhr im Mai 2012

Udo Bovenkerk, Kreis Wesel
Jürgen Böhm, Stadt Dortmund (bis 09/2012)
Günter Bremerich, Kreis Unna
OB Jörg Dehm, Stadt Hagen
Ulrich Finke, Stadt Herne
Reinhard Frank, Stadt Dortmund
Lothar Gräfingholt, Stadt Bochum
Lothar Hegemann MdL, Kreis Recklinghausen
Frank Hengstenberg, Stadt Dortmund (bis 03/10)
Frank Heidenreich, Stadt Duisburg (ab 09/2012)
Hermann Hirschfelder, Stadt Bottrop
Josef Hovenjürgen MdL, Kreis Recklinghausen
OB Thomas Hunsteger-Petermann, Stadt Hamm
Wilhelm Jasperneite, Kreis Unna
Heinz-Peter Kamps, Kreis Wesel
Uwe Kutzner, Stadt Essen
Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, Stadt Bochum
Oliver Lind, Kreis Recklinghausen
Michael Lunemann, Ennepe-Ruhr-Kreis
Wolfgang Michels, Stadt Mülheim a. d. Ruhr
Roland Mitschke, Stadt Bochum
Werner Nakot, Stadt Oberhausen
Gabriele Partenheimer, Stadt Duisburg
Thomas Pisula, Stadt Dortmund (bis 04/12, ab 12/12)
Adolf Sauerland, Stadt Duisburg (bis 02/2012)
Christoph Schöneborn, Ennepe-Ruhr-K. (bis 06/2011)
Norbert Schick, Stadt Essen
Werner Wöll, Stadt Gelsenkirchen

sowie

Sachkundige Bürger

Jürgen Böhm, Stadt Dortmund (ab 03/13)
Johannes Brands, Stadt Mülheim a. d. Ruhr
Dr. Hans-Dieter Fischer, Stadt Hagen
Hanslothar Kranz, Stadt Essen
Regina van Dinther MdL, Ennepe-Ruhr-K.
Dr. Jürgen Kämpgen, Stadt Duisburg

Mitarbeiter der Fraktion

Daniela Burgmann
Dirk Schmidt

Hinweis

Diese Broschüre dient der Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen bzw. Wahlbewerbern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt unberührt.



Holen Sie sich Informationen aus erster Hand!

CDU-Fraktion im RVR

Die E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle
der CDU-Fraktion im RVR
cdu-fraktion@rvr-online.de

CDU Ruhr

Die Website der CDU Ruhr mit den Pressemitteilungen und Berichten der CDU-Fraktion im RVR
www.cdu-ruhr.de

Regionalverband Ruhr

Die Website des Regionalverbands Ruhr mit Links zu weiteren Einrichtungen
www.rvr-online.de



Mit diesem QR-Code
kann diese Broschüre
als PDF-Dokument
aus dem Internet
heruntergeladen
werden.

Ihr Kontakt bei der
CDU-Fraktion im RVR:
0201 - 2069 200 oder
cdu-fraktion@rvr-online.de



www.cdu-ruhr.de